

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Multipliziertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. vertritt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3/4spaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 1/2spaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für ständige Wiederholungen unentgeltlich geschiehen oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Leihen, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 137

Dienstag, den 19. November 1929

31. Jahrg.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Kreistagswahl.

Es sind im Kreise insgesamt 24756 Stimmen abgegeben. Es erhielten:

Liste 1	Soziald. Partei	6375	Stimmen	6	Sitze
"	3 Kommun. Partei	5768	"	6	"
"	5 Bäuerliche Bewegung	615	"	1	"
"	18 Hitler-Bewegung	1210	"	1	"
"	21 Ordnungsbündel	9112	"	9	"
"	22 Bürgerliche Mitte	1676	"	2	"

Es sind demnach folgende Abgeordnete gewählt von Liste 1

Karl Runk, Gemeindevorsteher, Pösteritz
Richard Pieper, Schwerkrriegsbeschädigter, Elster
Jugo Seidel, Lehrer, Wartenburg
Reinhold Wurbs, Maurer, Jahna
Karl Crommager, Amtsvorsteher, Nabis
Hermann Weste, Uhrmacher, Schmiedeberg

von Liste 3

August Lehmann, Schlosser, Jahna
Franz Vitz, Arbeiter, Pösteritz
Anna Vöhr, Hausfrau, Pösteritz
Danz Seling, Arbeiter, Kemberg
Paul Thiemig, Lagerhalter, Schmiedeberg
Curt Hildebrandt, Steingutdreher, Kleinwittenberg

von Liste 5

Bruno Starano, Fabrikant, Schmiedeberg

von Liste 18

Willi Ritterbusch, Angestellter, Teuchel

von Liste 21

Willi Propsthan, Landwirt, Glibitz
Willy Hepprich, Manufakturwarenhändler, Schmiedeberg
Otto Bulz, Landwirt, Danna
Ernst Kiemer, Ziegeleibitzer, Büßitz
Johannes Thiele, Güterdirektor, Pösteritz
Otto Kühliche, Amtsvorsteher, Straach
Baul Diebe, Bürgermeister, Kemberg
Wilhelm Freidant, Landwirt, Büßitz
Baul Wipisch, Landwirt, Uthaußen

von Liste 22

Richard Reilich, Lehrer, Schmiedeberg
Arthur Steinbach, Buchhalter, Pösteritz

Neues in Kürze.

* In einer Zentrumsverammlung betonte der Parteiführer, Paul Kaas, daß, solange man in den außenpolitischen Hauptfragen nicht klar liege, auch keine Partei sich nicht nach einer bestimmten Seite schielende könne.

* Die Tatsache, daß der englische Schatzkanzler Snowden im Gegenseitigen großen Teilen des englischen Bunkers die Freigabe deutschen Eigentums unter Bedingungen strikt ablehnte, kann nur weiteren deutschen Schritten in der Angelegenheit nicht abhalten.

* Die deutschen Arbeitsverordnungen können geschlossen eine Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze ab.

* Auf beiden Seiten der Grenze sind das deutsch-polnische Abkommen, soweit es bekannt geworden ist, äußerst scharfe Kritik.

Wandlungen im Haushalt der Städte.

Von
Dr. Fritz Elsh, Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Wir bringen Ihnen infrascripten Artikel aus einer Vortragsreihe „Gegenwartigen der Kommunalverwaltung“, die von der Verwaltungs-Akademie Berlin veröffentlicht worden ist.

Die Schriftleitung.

Vor dem Kriege stand der Gemeindehaushalt auf festem Grunde. Heute steht er auf einem stark zerkümmerten Fundament. Die Grundbesitzer bedürfen einer baldigen Stärkung, soll nicht ganz der ganze Bau der gemeindlichen Selbstverwaltung in sich zusammenbrechen. Die Gemeinden bejahren durchaus die Lebensnotwendigkeiten des Reiches und beanspruchen für sich nicht mehr, als daß auch ihre Lebensnotwendigkeiten anerkannt werden. Sie erwarten von dem kommenden endgültigen Finanzausgleich, daß er ihren billigen Ansprüchen gerecht wird. Von Jahr zu Jahr hat man davon gelassen, daß die Regelung der Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine „vorläufige“ sei. Vorkriegslich hat sich bisher nur das eine, daß aus diesem „vorläufigen“ Finanzausgleich ein „vorläufiger endgültiger“ Finanzausgleich geworden ist, der sich außerordentlich unangenehm der Gemeinden auswirkt. Die eigentlichen Stellen, die heute verantwortlich für die gemeindlichen Steuererhebungen und über die Aufgabenbelastung beschließen, sind nicht mehr die gemeindliche Selbstverwaltung, sondern lediglich der Reichstag und in stark abgeschwächtem Maße die einzelnen Landtage. Die Haupt-

nachteile dieser Regelung liegen in der Zentralisation, die den Gemeinden bei der weitgehenden Schematisierung keine genügende Bewegungsfreiheit läßt, um ihre Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen. Für die Gemeinden ist es deshalb äußerst schwierig, den auch von ihnen immer anerkannten Grundsatz, „keine Ausgaben ohne Deutung“ zu befolgen. Ihnen sind die früheren ausgedehnten Möglichkeiten, die steuerliche Belastung auf Einkommen-, Real- und zahlreiche Nebenerwerbungen zu verteilen, teils verengt, teils genommen worden, im wesentlichen ist ihnen nur als Ausweg geblieben, die Gewerbesteuer und die Art der Betriebe zu erhöhen. Die Gemeinden sind dadurch nicht nur in Verbindung gebracht worden, sondern auch ohne Schuld in den Ruf der Wirtschaftsfähigkeit gekommen.

Vor dem Kriege wirkte sich das gemeindliche Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer dahin aus, daß diejenigen, die über die gemeindlichen Ausgaben Beschluß faßten, auch die Mittel aufzubringen hatten und so die durch die kommunale Verwaltung verursachte Belastung an sich selbst spürten. Die darin enthaltene für die Selbstverwaltung wie für die Steuerpolitik gleich wichtige Funktion der Beweglichkeit muß wieder eingeschaltet werden; sie ist die Voraussetzung für eine wirklich verantwortungsbewußte Sparmentalpolitik der Gemeinden. Gleichzeitig muß ein angemeßener Lastenausgleich den finanziell schwächeren Gemeinden die Mittel zur Erfüllung ihrer gemeindlichen Aufgaben gewöhren.

Die Mängel des heutigen Systems sind nicht dadurch zu bekämpfen, daß man versucht, um außerhalb der Gemeindeverhältnisse Einfluß zu nehmen und Zwangsmaßnahmen in der verordentlichen Art zu schaffen. Die gemeindliche Selbstverantwortung, das Kernstück der gemeindlichen Selbstverwaltung, muß wieder hergestellt werden. Sie kann sich nur auswirken, wenn die Gemeinden nicht bloß über die oder jene Spitzenausgabe, sondern über wesentliche Aufgaben- und Ausgaben, sowie Einnahmegeriete selbstständig zu entscheiden haben.

Die finanzpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit hat ihre innere Ursache in den großen staatsrechtlichen, verwaltungsrechtlichen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Umwälzungen, die Deutschland durchlebt. Die Verengung und Bindung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit des Reiches hemmt die die innerpolitische Bewegungsfreiheit jeder einzelnen deutschen Gebietskörperschaft. Unter der Dämpfung der Zukunftigkeit von Reich und Ländern stehen die Gemeinden am meisten. Auf finanziellen Gebiete hat dieser Zustand dazu geführt, daß nicht die Dringlichkeit der zu erledigenden Aufgaben bei der Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, den entscheidenden Ausgangspunkt bildet, sondern — warum soll man es nicht geradezu aussprechen? — die räumliche Nähe zum Reichsgebeher und die politische Macht. Die im Gang befindliche Vereinheitlichung von Gesetzgebung und Verwaltung durch das Reich muß ihre notwendige Ergänzung in weitgehender Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung finden.

Die Verhältnisse in der materiellen Etatgestaltung der deutschen Gemeinden spiegeln die Entwicklung der letzten 1 1/2 Jahrzehnte getreulich wieder. Sie zeigen die Sorgen, aber auch die Leistungen der deutschen Städte. Sie sind gleichzeitig der Beweis, daß es unerlässlich ist, aus der Gesamtanlage der öffentlichen Haushalte Schlüsse für die finanzielle und die organisatorische Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu ziehen und diese Erkenntnis zu verwerthlichen.

Warum Verträge mit Polen, wenn ...

Immer neue Liquidation deutscher Güter im Polener Gebiet.

— Berlin, 16. November.

Polen geht im Gegenzug zu dem Sinn des neuen Liquidationsvertrages erneut an die Liquidation deutscher Güter heran. Ein Kommissar des Polener Landamtes, das die Bodenreform unter sich hat, hat in einem festgestellten Fällen deutschen Gutbesitzern davon Mitteilung gemacht, daß sie größere Teile ihrer Fläche für die Agrarreform zur Verfügung zu stellen hätten. Dabei ist nicht an Neuweisungen gedacht, sondern nur an Anliegerbedingungen. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß deutsche Bauern bei der Verteilung nicht berücksichtigt würden.

In den benachbarten Gegenden finden sich aber nur ganz arme polnische Bauern, die weder das Geld noch die Gebäude zur Übernahme und zur Bewirtschaftung größerer Flächen haben. Nach Artikel 4 des polnischen Agrarreformgesetzes verbleiben den Gutbesitzern 720 Morgen Acker und Wiese. Nach Artikel 5 kommen dazu noch größere Flächen, die der Beschlagnahme nicht unterliegen, bei intensivem Ackerbau und bei Vorhandensein von Nebenbetrieben, insbesondere Brennereien und Zuckerraffinerien. Nach diesen zwinzenden Gesetzesbestimmungen dürfte eigentlich bei den

in Betracht kommenden Gütern gar nichts beschlagnahmt werden.

Den entsprechenden Einwand, was der Kommissar des Landamtes damit zurück, daß es sich um die Grenzzone handele, bei der Artikel 5 keine Anwendung findet. Das Agrarreformgesetz sieht eine derartige Ausnahme für die Grenzzone nicht vor. Der Hinweis auf die Grenzzone ist also ein ungeheurer Akt.

Kritik an dem Polen-Abkommen.

Unzufriedenheit auf beiden Seiten.

D Warschau, 17. November.

Der genaue Wortlaut des deutsch-polnischen Liquidations- und Finanzausgleichsabkommens ist bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Der nur teilweise veröffentlichte Inhalt löst aber sowohl in Deutschland wie in Polen auf zum Teil scharfe Kritik. Sinnerhalb der Fraktionen der Koalitionsparteien hat man sich eingehend mit dem Inhalt des Abkommens befaßt. Aus der kritischen Stellungnahme verschiedener Fraktionen ist aber zu schließen, daß man zum Teil gegen einige Bestimmungen des Abkommens scharfe Bedenken hat. Es wird darauf verwiesen, daß sich aus dem deutsch-polnischen Abkommen für Deutschland schwere finanzielle Kosten ergeben, für die ein ausgleichendes Zugeständnis polniseits nicht vorzuliegen scheint. Die polnischen Zugeständnisse in der künftigen Behandlung der deutschen Siebler in Polen sind zudem unbestimmt gehalten, daß es für notwendig erachtet wird, von Polen ganz bestimmte verbindende Sicherungen zu verlangen.

Im polnischen politischen Kreise macht sich andererseits eine scharfe Bewegung geltend, die das deutsch-polnische Abkommen ablehnt. Der polnische Reichsmarketreter läuft geradezu Sturm gegen die Bestimmung, daß Polen auf eine weitere Durchführung der Liquidierung deutschen Sieblerbesitzes verzichtet. Neuerdings hat sich auch die sogenannte Nationalpartei mit einer Protestfestschrift gegen das deutsch-polnische Abkommen gewandt.

Zentrumspolitik und Rheinlandräumung.

Eine neue Rede des Prälaten Kaas.

— Trier, 17. November.

Auf einer Zentrumsverammlung in Trier sprach Prälat Dr. Kaas und führte u. a. aus, daß die deutsche Außenpolitik vor Entschcheidungen stehe, die alles in den Schranken stellen, was seit den turharen Tagen der Verfallter Friedenskonferenz Deutschland beschließen wurde.

„Solange wir noch nicht wissen“, jagte Prälat Kaas, „unter welchen Bedingungen die Haager Konferenz ausgehen wird, solange wir nicht klar sehen, welches das Schicksal der deutschen Saar sein soll, solange die Gegenseite sich noch in Schwärzen hält und von uns Vorläufige erwartet, kann ich als verantwortlicher Führer der Zentrumsparlei, die vermöge ihrer Schlüsselstellung im Parlament das Ja oder Nein in ihren Händen hält, heute nicht nach der einen oder anderen Seite eine definitive Entscheidung fällen.“

Erfreulichweise könne man das eine feststellen, es begimme zweifellos eine Auflockerung des politischen Denkens auch bei den Feindern, es begimme langsam auch jenseits der Grenze sich der Versuch zu verzeichnen, daß die Methoden der Vergangenheit nicht mehr die Methoden der Gegenwart sein könnten.

Auch der ehrliche Verständigungspolitiker, auch der, der sich den Ausbau einer friedlichen Zukunft nicht nur vorzustellen vermöge unter der Voraussetzung friedlicher Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, der werde ohne weiteren Versuch wünschen, die Schwierigkeiten einzutreten zu lassen, auf die die deutsche Verständigungspolitik schon lange einen Anspruch habe. Die sinnlose Paragrafenausbeutung, auf die die französische Regierung sich anlässlich der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Stresemann und Briand glaube zurückziehen zu müssen, führe nicht weiter. Im Gegenteil, dieser Weg führe zurück.

Wer noch Briefe zu lesen verstehe, der lese, daß an dem Endtermin des 30. Juni als Termin der Rheinlandräumung nicht zu zittern sei.

Wenn man einen Frieden wolle, dann müsse man endlich Schluß machen mit dem Begriff von Sieger und Besiegten.

Vereinheitlichung im Genossenschaftswesen.

Wahnsinnigen der Regierung. — Verluste der Reichsrenten.

— Berlin, 17. November.

Die Errichtung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften steht bevor. Das Dach eines umfangreichen Gebäudes wird gestiftet werden, nachdem der Mittelbau in mühevoller Arbeit aufgeführt und fast vollendet wurde. Der Wiederbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bildete die Voraussetzung für die „Selbsthilfe in der Landwirtschaft“.

Der Reichsfinanzminister und das Preussische Staatsministerium haben angeordnet, daß für Vorgänge aus Anlaß der Nationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens grundsätzlich

Befreiung von den Reichs- und Landesbesuern
 eintreten soll. Die Preussische Staatsregierung hat die Kommunalverbände ersucht, Gemeindefiskus für Rationalisierungsorgane nicht zu erheben. Die Regierungen der Länder sind ersucht worden, in ähnlicher Weise wie die Preussische Staatsregierung zu verfahren. In der Gesetzesnovelle zum Genossenschaftsgesetz ist für genossenschaftliche Konsortien die Möglichkeit zur liquidationslosen Verschmelzung gegeben. Für die Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen sind bereits von der Preussischen Seite sehr erhebliche Beträge vorgelegt worden, und zwar überwiegend in der Form von Förderungsmaßnahmen. Nach dem bisherigen Stand sind Zuschüsse von 70 Millionen Mark für die Rationalisierung erforderlich.

Im ganzen werden die Kosten der genossenschaftlichen Rationalisierung auf 75 bis 80 Millionen Mark zu schätzen sein.
 Ein Drittel davon wird durch den vom Reich zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bereitgestellten Betrag von 25 Millionen gedeckt. Angeführt der gleiche Betrag ist von der deutschen Rentenanstalt in Aussicht gestellt, während der Rest von der Preussischen Seite zu tragen sein wird. Zur Vermehrung besonderer Güter sind für die zur Entlastung kommenden Angestellten und Arbeiter Maßnahmen zu treffen, die hauptsächlich den Betrag von einer Million Mark erreichen werden.

Nach den letzten Ergebnissen ist anzunehmen, daß die Beträge der Raiffeisen-Genossenschaften von 67 Millionen Mark betragen. Dieser Zusammenbruch und dieser Verlust gehören zu den größten, die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu verzeichnen waren. Die Deckung des Verlustes erfolgt in Höhe von 20 Millionen Mark durch die völlige Abschreibung des eingezahlten Aktienkapitals und der zumächtigen Reserven der Raiffeisenbank. Den Rest sowie das Liquidationsrisiko hat die Preussische Seite übernommen.

Aufruf für die 13000 Auswanderer.

Kettet die rußlanddeutschen Bauern dem Deutschland. — Berlin, 16. November.

Der Ausschuss für die Anstellung der künftigen rußlanddeutschen Bauern erläßt folgenden Aufruf:

„13000 künftige deutsche Bauern aus Sibirien und Ostpreußen lagern vor Moskau; die russische Regierung ist bereit, ihnen Pässe zur Auswanderung nach Deutschland auszustellen. Kanada will sie nicht aufnehmen. Deutschland hat die moralische und nationale Pflicht, den deutschen Brüdern zu helfen, sie nicht elend verhungern zu lassen. Wir müssen sie unerschrocken nach Deutschland holen.“

Die deutsche Regierung steht vor einer wichtigen Entscheidung. Das Schicksal dieser deutschen Bauern darf nicht durch Überbürdung finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten aus dem Spiel gesetzt werden. Es erhebt sich die Frage, ob diese Bauern, die die praktischen Auswirkungen übersehen können, daraus hinarbeiten, daß es für Deutschland nicht nur um die Erfüllung einer moralischen Pflicht, sondern um die Wahrnehmung einer jenseitig nicht wiederkehrenden kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeit geht.

Die deutsch-russischen Bauern stellen hohe und anspruchsvolle Forderungen, was wir sie im Osten brauchen, die mit den dortigen geringen Lebensverhältnissen ein hohes Maß von sozialistischer Eignung, Erziehung und Tatkraft verbinden.

Siedlungsstätten Land ist in Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Schlesien in den Händen der Siedlungsgesellschaften und des Staates ausreichend vorhanden. Die Anstellung der künftigen wird nur einen Bruchteil derjenigen Aufwendungen erfordern, die zur Anstellung reichsdeutscher Bauern nötig sein würden.

Als sofortige vorläufige Unterbringungsmöglichkeiten stehen zur Verfügung:

1. die weitgehend geräumigen Lager der Flüchtlingsheiler in Schneebühl und an vielen anderen Orten im Ostpreußen, die im Winter leerstehenden Unterkunftsräume für Saisonarbeiter,
2. für den Notfall auch die noch nicht veräußerten leerstehenden Gehöfte der Siedlungsgesellschaften, deren jedes für mehrere Familien vorläufig Unterkunft bietet.

Diese Unterbringungsmöglichkeiten reichen aus, da es sich insgesamt bei diesen 13000 Menschen um nur 2000 bis 2500 Familien handelt.

Ihre Unterhaltung bis zum Frühjahr würde bei der Bedürfnislosigkeit dieser Leute mit zwei bis drei Millionen Reichsmark zu bestreiten sein. Die Aufbringung dieser Summe ist durch die



Unser Sonnenheim Roman von Erich Eberstein

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Nein, gewiß nicht, Herr Ehrhardt! Ich habe ja alles hier gefunden, was ich mir noch wünschen konnte — Frieden, Stille und das Bewußtsein, daß mein sonst nutzloses Leben anderen doch noch nützen kann.“

„So darf ich hoffen, daß Sie bis an unser Ende mit meiner Frau und mir bleiben werden?“

„Ja, ich verpriehe es Ihnen, Herr Ehrhardt.“

„Sie sind, den gebundenen Wegen des Parkes in weitem Bogen folgend, wieder am Fuß der Rampe angelangt.“

„Wollen wir noch einmal herumfahren?“ fragte Gloria.

„Die Sonne scheint heute so warm, als wäre es noch Sommer, und es würde Ihnen gewiß gut tun!“

„Ehe der alte Herr antworten kann, wird beider Aufmerksamkeit durch ein ungewöhnliches Ereignis abgelenkt.“

Ein geschloßener Wagen ist durch das Gittertor in den Park gefahren und kommt in rascher Fahrt die um jeden Zwischen Baum gelistete Alleenallee herauf.

Nun hält er auf der Rampe vor dem glasüberdachten Eingangstor der Villa. Eine schlankere Dame in brauner oder lila dem Wagen, schließt den Kofferschilder zurück und blüht wie leuchtend um, wobei sie den Koffagen und Gloria an der Blutbahn bemerkt.

Einen Augenblick steht sie unschlüssig, dann schreitet sie raschen Schrittes auf die Gruppe zu, dem inzwischen erschienenen Kutscher über die Schulter zurufend: „Medien Sie mich inswischen bei der gnädigen Frau an: Frau Sephine Merff.“

Gloria, die so oft gehört hat, daß Ehrhardts kleinerer

Verkehr unterhalten, und seit vielen Jahren nie ein Gesicht die Villa betrat, steht verblüfft in das feine, blonde Gesicht der fremden Dame, das von silbergrauem Haar um-

rahmt ist und trotz des jetzt lebendigen Ausdrucks unermessliche Spuren einstiger großer Schönheit in sich trägt.

Der Name Merff, der an ihr Ohr gedrungen, hat sie seltsam berührt, denn sie weiß, daß Freds Schwester ihn gleichfalls trägt.

Auch Herr Ehrhardt muß sich dadurch irgendeine Beunruhigung fühlen, denn sein hageres Gesichtsausdruck ist ganz farblos geworden und trägt einen ängstlichen, ängstlichen Ausdruck, Regungslos, wie gelähmt, harret er dem Besuch entgegen.

„Da steht Frau Merff auch schon vor beiden.“

„Guten Tag, Papa Ehrhardt,“ sagt sie mit leicht vibrierender Stimme. „Sie kennen wohl Ihr einseitiges ‚Wahrheitsverstecken‘, die kleine Sephine Sellenheim, gar nicht mehr, weil Sie mich so fremd ansehen?“

Ehrhardt zieht die blühenden Brauen zusammen, was seinem Gesicht einen strengen, fast finsternen Ausdruck verleiht.

„Doch,“ antwortet er kühl. „Aber aus der kleinen Sephine Sellenheim ist dann sehr schnell die holde Frau Merff geworden, denn vergnügungssüchtiges Leben ihr keine Zeit mehr ließ, an das Träumen zu denken.“

„Frau Sephine heißt ihm erst in die Augen.“

„Sie treten, lieber Papa Ehrhardt, in meinem Leben seit damals ist kein Tag vergangen, wo ich nicht in Liebe und Sehnsucht an dieses Haus dachte!“

„Und warum find Sie dann nie mehr gekommen?“

„Ich war da, Sie wissen es wohl, aber man hat mich nicht angenommen.“

„An den ersten Tagen nach dem Unglück, ja — da waren wir krank — wie von Sinnen. Aber später —“

Sephine Merffs Bild wird während dieses kurzen Gesprächs immer wieder in verstoffelter Ungeduld zu Gloria hinübergeschoben, die sich beiseite hinter die Choralnischen zurückgezogen hatte.

„Lieber Papa Ehrhardt, ich bin gekommen, um Ihnen das heute anzukündigen,“ sagt sie nun höflich, aber dennoch möchte ich Sie bitten, mich mit dem jungen Mädchen bekanntzumachen, das ich vorhin an Ihrer Seite sah. Sie

Sammlung des roten Kreuzes und andere Wohlfahrtsorganisationen bereits in die Wege geleitet.

In Bank des Winters ist nicht zu verkraften, die Familien, soweit sie nicht sofort in neuen Siedlerkolonien untergebracht werden können, auf solche landwirtschaftliche Betriebe des Ostens, deren leerstehende Schnittmaschinen als Unterhalt verfügbar sind, zu verteilen, und ihnen Arbeitsmöglichkeit für den Sommer zu sichern.“

„Schwerwiegende Bedenken“.

Gegen eine Änderung der Krankenversicherung. — Berlin, 17. November.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände teilt folgendes mit:

„In einer offenbar amtlichen Broschüre über die am 11. November erfolgte Besprechung im Reichsarbeitsministerium zur

Änderung der Krankenversicherung steht u. a. der Satz, daß gegen eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung einbezugsrecht der jetzigen Krankkraft der Markt von keiner Seite Einwendungen erhoben worden seien.“

Diese Mitteilung entspricht nicht den von den Arbeitgeberseite mündlich abgegebenen Erklärungen.

Die beteiligten Arbeitgeberverbände haben bereits vor der Besprechung schriftlich in einer Eingabe dem Reichsarbeitsministerium gegenüber um Ausdruck geäußert, daß sie einen Grund für die bereits jetzt wieder vorzunehmende Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung nicht anerkennen können, nachdem diese erst im Jahre 1927 auf 3000 Mark festgesetzt worden ist. Die Entwurfsseite vom Jahre 1927 gibt ihres Erachtens keinen Anlaß dafür, schon jetzt noch Ablauf von zwei Jahren eine weitere Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze durchzuführen.

Eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze würde infolgedessen gesundheitlich eine Ausweitung des Versicherungsschutzes bedeuten, gegen die in der Vorberatung mit weiten Bevölkerungskreisen die Arbeitgeberseite schwerwiegende grundsätzliche Bedenken geltend gemacht hat.

Dieser Standpunkt ist auch namens der vertretenen Arbeitgeberverbände mündlich im Reichsarbeitsministerium bei der Besprechung am 11. November eintimmig worden.“

Snowden gegen Deutschland.

Keine Rückgabe der Liquidationsüberschüsse. — London, 17. November.

Der oppositionelle Abgeordnete Snowden hat im Jahre 1926 die Beschlagnahme des deutschen Privateigentums durch England, „eine handelslose Verletzung des internationalen Rechts und der internationalen Gerechtigkeit“ genannt. Der englische Schatzkanzler Snowden braucht Geld, und deshalb hat er seine frühere Auffassung preisgegeben.

Er hat den deutschen Botschafter davon benachrichtigt, daß England sich weigert, den Eigentumsrückgang und das noch nicht liquidierbare deutsche Eigentum zurückzugeben, und er hat sich nicht auf die brutale Mitteilung beschränkt, sondern sie mit der Drohung verknüpft, daß Deutschland den englischen Entschluß möglichst schnell hinnehmen und bestätigen möge, damit der Youngplan in Kraft gesetzt werden könnte, denn andernfalls müsse England die Wiederaufnahme der Liquidationen ermaßen.

Mit dieser Regierungserklärung erhält zugleich die Agitation des Abgeordneten MacPherson ihre Nüchtung, der bereits mehr als hundert Abgeordnete zur Unterzeichnung einer Petition für die Freigabe der Liquidationsüberschüsse gewonnen hatte und nach wie vor beabsichtigt, mit dieser parlamentarischen Unterfertigung der Regierung gegenüberzutreten.

Das Verhalten Snowdens muß auf das härteste verurteilt werden.

Nicht nur aus völkerverrechtlichem Standpunkt aus, sondern auch aus der Überlegung, daß durch die Behandlung der Liquidationsfrage Tausende von kleinen deutschen Christen auf das schwerste gefährdet, wenn nicht gar ruiniert werden, und daß die Stimmung, die aus einem solchen unfeindlichen Verhalten erwächst, ganz unermesslich

eine Trübung der deutsch-englischen Beziehungen sowohl politischer wie privater Art zur Folge haben muß. Das englische Handelsministerium wird über das Vorgehen Snowdens nicht nur aus politischen, sondern auch aus kaufmännischen Kreisen seines eigenen Landes nicht minder bittere Wahrheiten zu hören bekommen, wie sie der eng-

lischen Arbeiterregierung als Antwort auf ihr unverständliches Verhalten aus Deutschland nun entgegenfallen.

Vor weiteren deutschen Schritten.

Die in dem Brief Snowdens wiederholte frühere Entscheidung der britischen Regierung, durch die deutsche Anspruch auf bedingungslose Freigabe des nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe der Liquidationsüberschüsse abgelehnt und für den Fall des Fortschreitens der deutschen Liquidation auf ihrem bisherigen Standpunkt die Wiederaufnahme der Liquidation angeordnet wird, wird weitere deutsche Schritte zur Folge haben. Die Entschädigung des Schatzamtes wird auf deutscher Seite nicht als endgültig angesehen, und ebenso wenig wird die verfehlte Drohung weitere Schritte verhindern.

Öffentliche Meinung gegen Regierung.

Die Frage der Freigabe deutschen Eigentums. — London, 16. November.

Die von dem Abgeordneten MacPherson mit Unterstützung von Hughes Cecil, Wedgwood und Sir Robert Hutchison eingebrachte Entschließung zur Frage der Beschlagnahme des deutschen Eigentums wurde jetzt im Unterhaus verhandelt.

Die Anfrage richtet an den Schatzkanzler das Erlassen, darzulegen, wie hoch der Gesamtbetrag der Liquidationserlös sei, welcher Betrag hiervon für die Befriedigung der britischen Ansprüche gebient habe und ob die Schätzung richtig sei, daß nach Befriedigung aller britischen Ansprüche noch 60 Millionen Mark für die Zurückgabe bereitgestellt würden.

Handelsminister Graham gab hierzu folgende Erklärung ab: „Die Gesamtsumme des deutschen Privateigentums betragen bis zum 31. August 1923, von welchem Tag ab weitere Liquidationen für die Dauer der Verhandlungen mit der deutschen Regierung eingestellt wurden, nach Abzug von Reserven für gewisse Freigaben rund 55 750 000 Pfund. Von diesem Betrage sind für die Befriedigung britischer Ansprüche gegen die deutsche Regierung und deutsche Staatsangehörige 38 500 000 Pfund verbracht worden. Die Schätzung von 3 Millionen Pfund für die noch zu erledigenden übrigen Ansprüche kann als ungefähr richtig angenommen werden.“

Ich weile aber darauf hin, daß die genaue Summe von dem Urteil der gemäßigten Schiedsgerichte abhängen wird, deren Ergebnis nicht vorausgesetzt werden kann.“ Was der Antwort des Ministers ergibt sich, daß die gesamten über 38 Millionen Pfund, von denen Lord Pasfield vor kurzem im Oberhaus gesprochen hat, für den von dem Abgeordneten MacPherson vorbereiteten Initiativantrag sind bereits 100 Unterschriften von Unterhausabgeordneten, darunter von maßgebenden Persönlichkeiten aller drei Parteien, vorhanden. Zahlreiche weitere Unterschriften werden erwartet. Die Zusammenstellung dieser eindrucksvollen Liste wird vielleicht in diesen Tagen beendet sein. Ihre Bekanntgabe wird mehr als alles andere geltend sein, der britischen Regierung zu zeigen, daß ihre Haltung von einem großen und gewichtigen Teil der britischen Öffentlichkeit mißbilligt wird.

Eine dänische Verdächtigung.

Neuer „Freiheit“ Schleswig-Holstein? — Schleswig, 16. November.

In Schleswig erfuhr man in deutscher Sprache ein dänisches Heftchen „Schleswiger“, das jetzt von einer besonderen Enthüllung aufwartet hat. Es behauptet nicht weniger, als daß in Schleswig-Holstein eine Aktion im Gange sei mit dem Ziele der Lösung dieser Provinz aus dem preussischen Staatsverband und ihrer Erklärung zu einem Freistaat.

Diese Behauptung ist wohl der Gipfel einer seit geraumer Zeit von dem Dänemark getriebenen Agitation, durch die für solche Gedanken Stimmungsbereitungen werden sollte. Gedanken, die bei der gesamten Bevölkerung der Provinz ohne Mißtrauf auf ihre parteipolitische Einstellung die stärkste Wirkung finden und von den verantwortlichen Stellen der deutschen Parteien als eine heidnische Verdächtigung empfunden und zurückgewiesen werden.

werden später begreifen, warum mir außerordentlich viel daran liegt.“

Berwundert steht sie der alte Herr an, dann winkt er Gloria zu sich.

Liebe Gloria, ich möchte Sie gern Frau Merff vorstellen, einer alten Freundin unseres Janus. Ihnen, Sephine, kann ich nur sagen, daß Fräulein Sellenheim — oder wie alle Welt sie mit vollem Recht nennt — Fräulein Sonnenheim, sich in außerordentlich williger Weise, bemüht, uns allen Reuten Licht und Freude zu bringen.“

Getundeltang und eine tiefe Bewegung durch Frau Sephines Jüge, die sie unendlich macht, einen Laut herauszubringen. Aber die jahrelange Gewohnheit, sich zu beherrsigen, gibt ihr rasch die Herrschaft über sich selbst zurück.

„Ach so!“ sagt sie mit herzlichster Wärme, Gloria beide Hände entgegenstreckend, „leben Sie Ihr Liebeswert am fort und haben Sie Papa und Mama Ehrhardt recht lieb, sie verdienen es! Ich selbst freue mich ganz besonders, Sie nun endlich persönlich kennen zu lernen, denn Ihr Name ist mir nicht fremd! Ich und ein gewisser Jemand, der Sie sehr lieb hat, haben nicht von dem Fräulein Sonnenheim gesprochen.“

„Ein hilfloser Verzweiflung blüht Gloria sie an.“

„Gnädige Frau — ich weiß wirklich nicht —“

„O — denken Sie so wenig an Fred Vott?“

Gloria wird blutrot und im nächsten Augenblick wieder blaß.

„Sie kennen Doktor Vott?“ flammelt sie.

„Es gehört zu meinen besten Freunden und bejauhenen Lieblichen, und ich darf sagen: Wir haben keine Geheimnisse voreinander! Aber wir plaudern später einmal ausführlicher über ihn, liebes Fräulein Sonnenheim! Heute gilt mein Besuch nur Papa und Mama Ehrhardt, und ich merke, daß er schon ein wenig ungeduldig wird. Gehen wir also ins Haus!“

Schwelgen stellt Gloria den Fahrstuhl an das Hausstor und hilft dem alten Herrn heraus, gerade als Frau Ehrhardt die Treppe herabkommt, um den angemeldeten Besuch zu empfangen.

(Fortsetzung folgt.)

Des Bußtags wegen gelangt die nächste Nummer bereits morgen Dienstag Abend zur Ausgabe.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 18. November 1929

*** Wahlsonntag.** Wieder einmal ist die Entscheidung gefallen, mit der der preussische Wähler zum Ausdruck bringt, nach welcher Richtung hin er in den nächsten vier Jahren regiert sein will. Recht schwer ist es den meisten Wählern geworden, sich in den vielerlei Parteien und Parteien, die in den meisten Fällen nur den egoistischen Zielen weniger Personen dienen, zurecht zu finden. Zweckmäßig wäre es gewesen, den Splinterparteien keine Stimme zu geben, sondern die Stimmen auf die Parteien zu vereinigen, die den Wählern ja durch die häufige Wahl bekannt geworden sind. Die Wahlbeteiligung in Remberg ist gegen die vorige Wahl geringer geworden. Das Ergebnis stellt sich im Einzelnen wie folgt:

Stadtvorordnetenamt

	jetzte Wahl	vorige Wahl
Sozialdemokratische Partei	252	216
Kommunistische Partei	206	257
Bürgerblock	750	883

Wie die gestern abend vorgenommenen Berechnungen ergeben haben, gelten als gewählt:

- Sozialdemokratische Partei
 1. Mauer Wilhelm Knat
 2. Lagerhalter Paul Nitzsche
 Kommunistische Partei
 1. Arbeiter Friedrich Richter
 2. Arbeiter Wilhelm Quinaue
 Bürgerblock
 1. Tischlermeister Hermann Pudley
 2. Landwirt Bruno Heßer
 3. Bauunternehmer Paul Naete
 4. Kaufmann August Schulze
 5. Lehrer Christian Ludwig
 6. Landwirt Hermann Gärtner
 7. Mühlenbesitzer Adolf Jatz
 8. Kirchenermeister Richard Samann.

Diesen Männern liegt es nun ob, für das Wohl der Gemeinde zu arbeiten. Sie finden ein finanziell einwandfrei dastehendes Gemeinwesen, sie finden einen Grund, auf den sie ihre Bestrebungen aufbauen können. Wir wünschen und hoffen, daß sich alle von dem Gedanken lösen lassen, nicht einer Partei, einer Gruppe oder einer Klasse zu dienen.

Provinziallandtagswahl.

- Liste 1 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Liste 2 Kommunistische Partei Deutschlands
 Liste 3 Kommunistische Partei Deutschlands
 Liste 4 Deutsche Volkspartei
 Liste 5 Deutsche Volkspartei
 Liste 6 Deutsche Demokratische Partei
 Liste 8 Reichspartei des deutschen Mittelstandes
 Liste 9 Deutsche Zentrumspartei
 Liste 10 Linke Kommunisten (Leninbund)

sondern daß ihre Arbeit dahin zu gehen hat, für die gesunde Weiterentwicklung Rembergs im Sinne der Allgemeinheit zu sorgen.

Bergwitz. (Gemeindevahl.) Zugelassen waren 4 Listen. Diese erhielten folgende Stimmen: Liste Haus- und Grundbesitz (Schöde) 89 (1 Sitz), Liste Böhme 97 (1 Sitz, Liste Einigkeit (Benzsch) 243 (5 Sitze), Bürgerliche Liste 124 (2 Sitze).

Notta. (Gemeindevahl.) Zugelassen 3 Listen. Es entfielen auf: Arbeiterliste (Paul) 61 Stimmen, Liste Wirtschaftspartei (Holzwig) 35 Stimmen, Liste Einigkeit (Käs) 49 Stimmen.

Zubatz. (Gemeindevahl.) Auf die Arbeiter- und Kleinbauernliste entfielen 44, und auf Liste Ziele 45 Stimmen.

Mertzig. Von 93 Wahlberechtigten haben gestern 88 ihr Wahlrecht ausgeübt. Das meiste Interesse fand natürlich die Gemeindevahl, zu der zwei Vorschläge eingegangen waren, Arbeiterliste und Landwirtschaftliche Liste. Auf die Arbeiterliste entfielen 39, auf die landwirtschaftliche Liste 40. Dadurch erhielt die Landwirtschaft den ausschlaggebenden 5. Sitz, den die Arbeiterliste bisher inne hatte. Das Ergebnis wurde noch lebhaft erörtert. Das Ergebnis der anderen Wahlen bringen wir in der Wahltabelle.

Commlo. (Gemeindevahl.) Es erhielten Liste Kammer (bürgerlich) 40 Stimmen, Liste Arbeiter 54 Stimmen.

Ergebnisse der Kreisratswahl.

	1	3	5	18	21	22
Remberg	228	213	9	16	741	91
Mertzig	7	13	1	—	34	2
Aterzig	17	41	4	1	32	—
Zubatz	185	85	19	20	180	85
Notta	44	44	—	10	75	18
Commlo	3	49	1	3	54	5
Uttausen	34	7	1	2	74	2
Schmiedeburg	387	140	91	55	988	124
Mertzig	81	74	21	74	250	96
Mertzig	1182	1595	84	108	151	311
Berg	7	25	1	4	21	1
Onstef	45	18	1	6	28	3

In Leipzig wurden 38 bürgerliche und 37 marxistische Stadtvorordnete gewählt. Bürgerliche Erfolge in ganz Sachsen; 5 Sitze bürgerliche Mehrheit in Dresden.

- Liste 11 Aufmerkung u. Aufbau Deutsche Einheitspartei
 Liste 12 Christlich-nationale Bauern und Landvolkpartei
 Liste 13 Christlich-Völkischer Öffentlichteitsdienst
 Liste 14 Großdeutsche Liste Schmalzig
 Liste 15 Haus- und Grundbesitz
 Liste 16 Kleinbesitz und Handwerk
 Liste 17 Kommunistische Opposition
 Liste 18 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 Liste 19 Volkswohlfahrtsliste
 Liste 20 Mehrzweck

	1	2	3	4	5	6	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Remberg	235	212	215	64	15	33	317	5	—	9	33	4	—	13	7	1	32	3	10
Mertzig	7	14	34	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	2	—	—	—	—
Aterzig	6	28	11	1	1	4	—	—	—	12	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Zubatz	14	2	39	1	—	—	7	—	—	22	—	—	—	—	—	3	3	—	—
Bergwitz	105	108	71	33	15	16	8	8	—	2	—	—	—	—	4	9	17	—	3
Notta	39	61	42	7	1	5	8	—	—	2	10	—	—	—	5	—	4	2	—
Commlo	4	14	45	2	—	—	1	—	—	3	4	32	—	—	—	1	5	—	2
Uttausen	33	10	7	—	1	2	—	1	—	60	—	1	—	—	—	—	1	1	1
Berg	6	24	24	—	—	—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	178	163	210	53	70	80	2	1352	176	52	135	137	154	13	435	122	95	1064	333
Onstef	45	25	19	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Deßau, 12. November. Die Untersuchung über die Schuldfrage durch die Polizei und Staatsanwaltschaft hat ergeben, daß alle technischen Einrichtungen einwandfrei gearbeitet haben. Bei der Vernehmung des Zugführers, des Weichenstellers und der übrigen Zeugen ist festgestellt worden, daß der Unglücksfall mit unvermindertem Geschwindigkeit von 60 bis 70 Kilometer gegen die Umlege weiche gefahren ist, obwohl der Lokomotivführer bei Eintritt seines Dienstes unterschreiben mußte, daß er die Anweisung richtig verstanden habe, nach der er vor dem Bahnhof Deßau ein Abentungsgeleis wegen Bauarbeiten am Sonntag befahren müsse. Durch die hohe Geschwindigkeit beim Befahren des Abentungsgeleises ist zweifellos das Unglück herbeigeführt worden. Außerdem mag der schwere Nebel, der in der Nacht zum Sonntag in der ganzen Gegend überlag, am Unglück mit Schuld sein.

Süßensleben. Der 28-jährige — Schaulenker — ein Käufer wollte sich aus dem Laden eines Geschäftsmannes entfernen und durchschritt in seiner Zeitweiligkeit und Eile das Schaulenker. Glühbirnenflamme ließ er das eigenartige Erlebnis für ihn ohne Verletzungen. Wie leicht konnte es aber ganz anders kommen!

Hambersten. Erst Fremdenlegion, dann Gefängnis. Vor fünf Jahren war in Hambersten ein Dienstmädchen auf dem Heimweg vom Vergnügen von zwei jungen Leuten überfallen und vergewaltigt worden. Das eine der Täter ist längst verurteilt. Der andere, der Arbeiter Erich Celsius aus Hambersten, flüchtete damals in die Fremdenlegion und wurde jetzt, nachdem er wieder heimgekommen war, vom Schöffengericht zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Er bestritt die Tat und legte Berufung ein. Die Große Strafkammer Halberstadt hielt ihn wiederum für schuldig, setzte aber die Strafe auf anderthalb Jahre Gefängnis herab.

Deßau. Schadenfeuer in einer Kaserne. In der Polenteierne des Gutsbesizers Hofke in Grabisch trat aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der von den herbeigeeilten Feuerwehren nach einiger Zeit gelöscht werden konnte. Die polnischen Söldnerarbeiter haben beträchtlichen Schaden erlitten, da von ihrer Habe viel verbrannt ist. Auch ein größerer Betrag Kartengeld fiel den Flammen anheim.

Deßau. Von Mühlenflügeln erschlagen. In Glesien kam der 21 Jahre alte Franz Greif, der mit einem Auftrag zur Mühle geschickt worden war, infolge seiner Kurzsichtigkeit zu nahe an die im Betrieb befindliche Mühle. Er wurde von den Mühlenflügeln erfasst und zu Boden geschlagen. Den Folgen der erlittenen schweren Verletzungen ist er nach kurzer Zeit hinterzogen.

Könnern. 30-kilogramm Diebstahl machen die umliegenden Dörfer unglücklich. Bei dem Mühlenbesitzer Könnern in Sieglitz entwendeten sie ein geschlachtetes Schwein. In Mittelblau wurden im Oktober 21 Enten und 3 Gänse gestohlen. Die Einbrecher schlachteten die Tiere an Ort und Stelle ab. In Dornitz nahmen sie den Rest der Bräute mit, den Besitzerin zum Trosten über Nacht hängen ließ.

Obhausen bei Querfurt. In aufgefärrtes Verbrechen. Vor einigen Wochen ist gegen 20 Uhr der Bergmann Gustav Meißner aus Obhausen-Nikolai mit einer Schußverletzung am Kopf nach Hause gekommen, an deren Folgen er am 13. Oktober in der Chirurgischen Klinik in Halle gestorben ist, ohne vorher Angaben zu können, bei welcher Gelegenheit er die Schußverletzung erlitten hat. Meißner ist mit seinem Fahrrad in die Wälder der Gegend bei Obhausen gefahren, ohne den Grund hierfür angeben zu können. Von dort ist er gegen 20 Uhr mit der Schußverletzung am Kopf nach Hause gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Meißner einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Wer hat Meißner am 13. Oktober in der Zeit von 13 bis 20 Uhr gesehen und wo? Wo war er eingekerkert? Sachverständige Anwaltschaft die Kriminalpolizei in Halle oder die zuständige Landjägerei erfragen.

Dresden. Gefährliche Einbrecherbande und schädlich gemacht. Von der Kriminalpolizei wurden ein Schloßergeselle aus Chemnitz und zwei in den zwanziger Jahren lebende Burgen als Einbrecher ermittelt und festgenommen. Bei dem letzten Einbruch in Geschloßräume auf der Königsbrüder Straße hatten die Diebe drüßig Kimo- und Photoapparate im Werte von 5000 Mark erbeutet. 25 geschlossene Apparate konnten bisher wieder herbeigeschafft werden. Das Klebstoff hat in letzter Zeit in Dresden zehn weitere Einbruchsdiebstähle in Geschäftsräumen verübt. Sie erlangten hierbei Geld, nahmen auch sonst alle Verwertbare mit. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Diebe für die nächsten Tage bereits

weder einen Einbruch bei einer größeren Dresdner Firma geplant hatten. Aus der Komplex aus Chemnitz in Dresden entrat, wurde er am Bahnhof von Kriminalbeamten in Empfang genommen. Er trug einen geladenen Revolver in der Hosentasche bei sich. Weiter konnte man bei der Diebesbande eine ganze Anzahl moderner Einbrechertools besitzagnahme.

Dresden. Kein Geld an Berlin verliehen. Eine Berliner Zeitung behauptete, daß die Stadt Berlin Sparfahrgelder nach Breslau verliehen habe, die von dort an die Stadtbank Berlin zurückerhalten worden seien. Bekannte Geschäftsleute haben mit Dresden und Leipzig gemacht. Wie hierzu verlautet, hat die Dresdner Stadtbank keinerlei vorrangige Geschäfte mit Berlin gemacht, auch hat weder die Dresdner Sparkasse noch das Dresdner Finanzamt an Berlin Geld verliehen.

Bad Frankenhausen. Der Steinblod, der vom Himmel fiel. Umweit Ringelien wurde dieser Tage ein Steinblod von etwa 140 Zentimeter Umfang gefunden, der sich nach näherer Prüfung als ein vom Himmel gefallener Meteorstein eries. Ortseinwohner glauben mit Befangenheit behaupten zu können, daß sie in der Nacht ein gleiches ein dumpfes Geräusch gehört haben, das durch den niederfallenden Meteoriten erzeugt wurde.

Leipzig. Neuer Lehrplan für die fächlichen höheren Landeslehranstalten. Das Wirtschaftsministerium hat den fächlichen Industrie- und Handelskammern einen neuen Lehrplan für die höheren Handelslehranstalten zugefickt, der eine möglichst gleichmäßige Unterrichtsgrundlage für diese Anstalten gewährleisten soll. Die Handelskammern haben dem Ministerium verschiedene Anregungen zur weiteren Ausgestaltung des Lehrplanes unterbreitet. So begehren es die Kammern als erforderlich, die Wochenstunden für die Durchführung zu erweitern und dafür bei anderen, für die lauffähigsten Praxis weniger wichtigen Fächern Kürzungen vorzunehmen. Beim Unterricht im lauffähigsten Fächern sollen mehr als bisher die Bedürfnisse der Industrie berücksichtigt werden. Die Kammern drängen ferner zum Ausdruck, daß der Unterricht in Staatsbürgerkunde und Volkswirtschaftslehre vielfach zu theoretisch gehalten sei. Das Hauptgewicht müsse in Zukunft auf die praktische Volkswirtschaftslehre gelegt werden.

Planen. Der „Beauftragte des Ministers“. Durch Beamte der Gendarmeninspektion Weichitz ist ein Betrüger festgenommen worden, der sich in Halle und in der Umgegend von Planen als Beauftragter des Wirtschaftsministeriums in Dresden und in anderen Städten als Beauftragter anderer Dienststellen, wie der Amtsaufsicht und anderer mehr, ausgegeben hat. Er erklärte in den einzelnen Familien, daß Kinder zur Unterbringung in einem Wohnsitzheim auserwählt worden seien, er müsse das Notwendige veranlassen und einen gewissen Voranschlag einbringen. Selbstverständlich war es dem Betrüger nur um das Einfahren der Vorkasse zu tun, den er auch in einer ganzen Reihe von Fällen erzielte. Daraufhin hat er die betreffenden Dörfer verlassen und sein Ansehen in einer anderen Stadt verlor, bis er nunmehr endlich gefasst werden konnte.

Crotendorf. Den Schädel eingerammt. Nachts fuhr ein mit drei Personen besetztes Motorrad mit voller Wucht gegen ein Haus. Der Führer des Motorrades stieg erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Die beiden anderen Mitfahrer haben schwere Verletzungen davongetragen.

Leipzig. Wie soll das nach enden? Wohl kaum ein Zweig des Thüringer Erwerbslebens ist von der Wirtschaftskrise so empfindlich getroffen worden, wie die Glasindustrie, insbesondere die Christbaumglasindustrie. Die erhoffte allmähliche Besserung in den Verkaufszahlen ist nicht zu verzeichnen; bei den Heimarbeitern zeigt sich sogar eine zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Hinzu kommt der Zusammenbruch der hiesigen Glasbläservereinigung, der vielen Familien Kummer und Sorge in reichem Maße gebracht hat. Zwangsvereinigungen sind an der Tagesordnung, da zahllose Arbeiter nicht mehr in der Lage sind, ihre kleinen Bestellungen zu erhalten. Die Arbeiter von der Anlage genügt ein Stück auf die Geschäftsbetriebe von Steinach und Sonneberg. Meist in Kaufsa werden in nächster Zeit innerhalb von vier Tagen nicht weniger als drei Arbeiterhanschen im Wege der Zwangsversteigerung veräußert. Ebenso trotzig wie im Weiniger sieht es auch im Schwaburger Oberlande aus. Wie weit soll das Elend sich überhaupt noch steigern?

Ausstellungen im Erziehungsheim Leipzig.

Leipzig, 12. November. In der Sitzung des Rates der Stadt Leipzig wurde mitgeteilt, daß erneut schwere Ausstellungen im fächlichen Erziehungsheim „Freizeit“ stattgefunden haben. Bei diesen Ausstellungen seien sich zehn bis zwölf Tungen schwere Sachbeschädigungen zufließen kommen. Es wurden Fensterhaken zerlegt, Einrichtungen gegenstände zertrümmert und Beschäftigten zerstückelt. Außerdem wurde der Bereich unternehmen, die Matratzen in Brand zu stecken. Die Anfallsleistung lag sich gewungen, polizeiliche Hilfe herbeizurufen. Sechs der Haupttäter sind ergriffen die Nacht, vier andere konnten festgenommen werden. Bemerkenswert ist, daß bei den Vernehmungen zugegeben wurde, daß auch die Telefonleitungen zerstückelt werden sollten.

Neue Rätsel in Düsseldorf.

Weitere Schreiben des Massenmörders? — Düsseldorf, 17. November. Die Geheimnisse um die Düsseldorf Mordtaten und die Möglichkeit, daß die nächsten Stunden die Aufklärung neuer Verbrechen bringen, hat die Erregung der Düsseldorf Bevölkerung maßlos gesteigert. Nachdem die nach der Wölde zweifelslos selbst verurteilten und verurteilten Stätze bei Appenberg vergangenem Jahre gefunden worden ist, gingen jetzt bei den verschiedenen Düsseldorf Zeitungen neue Stätze ein.

Auf der einen Seite wird der Schreiber mit, daß er wieder nach Düsseldorf zurückgekehrt sei, und in einem Plan wird mitgeteilt, daß bei Vernehmung ein weiteres Opfer genannt werde. Als letzter Tage das Verbrechen von einem 20-jährigen Schüler aus Düsseldorf-Gerresheim gemeldet wurde, begann sofort eine eingehende Durchsicht des Geländes, ohne das der Junge bisher gefunden werden konnte. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß sich der Schüler bewußt aus dem Elternhaus entfernt hat, denn inzwischen soll bei den Eltern eine Postkarte mit der Aufschrift eingegangen sein: „Ich bin verloren, Hellmut“.

Es kann anzunehmen, daß der Junge bei einem Verbrechen noch Gelegenheit gehabt hätte, eine Karte zu schreiben.

Die Möglichkeit eines weiteren Vorkommens in der Gegend von Gersheim scheint dadurch möglich, daß im Brombeergebüsch ein blutgetränktes Damendach gefunden worden ist. Eine in der Nähe der Fundstelle dieses Gemdes wohnende Frau will in der Nacht zum 30. Oktober fürchterliche Schreie gehört haben. Es ist selbstverständlich, daß die Kriminalpolizei auch dieser Spur eifrig nachgeht.

In der dieser Tage erfolgten Verhaftung eines angeblichen Kindesentführers läßt sich nach Ansicht der Vernehmung mitteilen, daß es sich bei ihm tatsächlich um einen **Perwandten** des Kindes handelt und daß er mit den Verbrechen nicht in Verbindung gebracht werden kann.

Inzwischen haben die Nachforschungen ergeben, daß es sich bei dem Papier, das der Mörder oder seine Mitwisser für die Vogelpläne verwendeten, um eine für eine besondere Rotationsmaschine bestimmtes Format handelt, die nur noch vereinzelt im Betrieb sind. Es wurde inzwischen festgestellt, daß eine solche Maschine in Dülldorf selbst nicht läuft.

Raubmord an einem Einfieler.

Herford, 16. November. Das Opfer eines Raubmordes wurde der alleinwohnende, bejahrte Katakamer in Schmiedeln. Der Greis war mittags nach von Nachbarn gesehen worden. Kurz darauf wurde er erschlagen in seiner Wohnung aufgefunden, deren Befürchtungen aufgebrochen und durchwühlt waren. Man nimmt an, daß Katakamer von zwei Wanderburschen ermordet worden ist, die kurz vor der Tat in der Nähe des Hauses gesehen wurden und die sich in der Richtung nach Herford entfernten hatten. Am Nachmittag wurden hier zwei Wanderburschen festgenommen, die verschiedene Gegenstände bei sich trugen, über deren Erwerb sie nicht genügend Auskunft geben konnten. Staatsanwaltschaft und Polizei haben die Ermittlungen aufgenommen.

Noch keine Vernehmung durch den Staatsanwalt.

Berlin, 16. November. Wie von zutändiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Verteidiger Lehmann, Dr. Ruppe, auf Grund neuen Materials bei der Staatsanwaltschaft die Vernehmung des Oberbürgermeisters Verlangt. Eine Vernehmung selbst hat entgegen anderslautenden Berichten noch nicht stattgefunden.

Schiebung mit reichsfeindlichem Gut.

Hensburg, 16. November. Festgenommen wurden von der Kriminalpolizei ein Bootsführer, ein Heizer und ein Seemann aus Kiel. Die drei Personen gehörten zur Verletzung eines der Reichsmarinereverwaltung gehörigen Motorschiffes, das von Zeit zu Zeit Materialien und Betriebsstoff von Kiel aus zu befördern hatte. Es war nun die Beobachtung gemacht worden, daß das Boot vor seiner Ankunft jeweils in Hensburg fest machte und dort Gegenstände löschte, die von einem Transportauto abgehoben wurden. Die Ermittlungen ergaben, daß die Verletzung des Schiffes reichsfeindliches Gut wie Tauwerk, Benzin, Benzol.

Bürgermeister zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Göttingen, 16. November. In feierlicher Sitzung beschloß sich die Große Strafkammer in Göttingen mit einer Anklage gegen den Bürgermeister Hermann Haarnagel aus Wildemann im Harz. Dem Angeklagten waren verschiedene Straftaten, Amtsunterschlagungen usw., vorzuerzählen, wegen denen er in der ersten Verhandlung vom Schöffengericht Okerode freigesprochen wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt. Die jetzige Verhandlung endete mit der Verurteilung des Bürgermeisters zu einem Jahr Gefängnis. Außerdem wurde ihm für die Dauer von drei Jahren die Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Ämter abgeprochen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Zug der Ermäßigung des Bundeskontos hat nach dem letzten Wochenansatz die Reichsbank eine weitere Entlastung und zwar um 247 Millionen auf 2494,4 Mill. Mark erfahren. Der Umlauf an Noten ist beträchtlich zurückgegangen. Die Gesamtdeckung betrug 57 %, gegen 53,6 % der Vormode.

Die Berichterstatter der Wirtschaftslage finden ihren Ausdruck in der Zahl der Arbeitslosen, die in der zweiten Oktoberhälfte wiederum beträchtlich und zwar um 131/2 % auf 889000 gestiegen ist. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist um rund 7000 auf 172000 angewachsen. Wenn auch diese Zahlen bedenklich stimmen, so ist doch im Anbetracht der sich beständig verschärfenden die allgemeine Wirtschaftslage nicht absolut pessimistisch zu beurteilen.

Die fremdbildende Haltung der Börse in der Vormode ist nur von kurzer Dauer gewesen. Schon zu Beginn der Berichtsmode zeigte ein Kursrückgang ein, der sich in den letzten Tagen auf Werten von weiteren Kursrückgängen in New-York noch erheblich vergrößerte. Der Geldmarkt zeigte, nachdem in den letzten Tagen eine weitere Entspannung eingetreten ist, ein günstiges Aussehen, sodaß man glaubt, auch für die nächste Zeit durchaus zureichend gelte mit sein zu können.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 20. November (Bußtag).
Kollekte für die Kleinräder Unfälle (Knaben-Rettungs- und Bruderhaus und Eitabehrsitz in Kleinräder und Zweiganstalten in Thale und Degeh).
Kemberg.
Vorn. 1/2 10 Uhr Predigt Gottesdienst. Propst Vertram.
Abends 7 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Propst Vertram.
Gommio.
Vorn. 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Pfarrer Ahmus.
Vorn. 1/2 10 Uhr Predigt Gottesdienst. Pfarrer Ahmus.
Kotta.
Vorn. 10 Uhr Predigt, Beichte und Abendmahlsfeier. Pfarrer Schulze aus Bergwig.

Margarine Rama im Blauband doppelt so gut

Ein großer Fortschritt im Reiche der Frau!

Der neue linke Helfer, erschicken alle Reinigungsarbeiten im Nu nach
die feinsten Geschirre
tauber und verschont sie mit herkömmlichem Glanz Porzellan, Glas, Marmor, Stein, Holz, und Metall, alles macht
viel schneller rein
Selbst die schmutzigsten Gerichte, wie Messer, Spitzmesser, Bohrerblätter usw., werden frisch, sauber und geruchlos. Dazu ist
sehr ergiebig
Nur 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser - 1 Elmer, wie sparsam!

Versuchen Sie Ihren zehnpennigen Helfer



Henkel's Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Porzell.-Werken.

Achtung
Schlachtefedern
Pfd. 7.50, 6.50, 5.50, 4.75
Halbdaunen Pfd. 5.50
3/4-Daunen Pfd. 6.50
Daunen Pfd. 11 --, 9.50
empfiehlt

Erich Schnee jun., Jüterbog
Bettfedern-Fabrik
Eigene Wäscherei, Reinigung und Entfärbung
Niederlage:
Emma Reinecke Ww., Kemberg
Anhalter Straße 15 Telefon 856

Achtung
Glaubig's
bekannte
Vimburger-
Harzer-
Feinstoff-
Emmenthaler-
Zistler.

Käse
sind in Geruch und Geschmack
entzückend und fährend
J. G. Glaubig

Brennholz-Verkauf

Donnerstag, den 21. November, vormittags 10 Uhr, sollen im Forstrevier **Barnitz** ca. 150 rm starke Buchenrollen und Knüppel 150 rm kieferne Rollen u. Knüppel, 70 Stk. Eichensteile öffentlich meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden. Zusammenkunft: Forsthaus Barnitz. Bedingungen im Termin.
Der Förster **Leidenfrost**

Morgen (Dienstag) früh halb 8 Uhr
Speck-Kuchen
Ernst Wend

Frisch eingetroffen
Büchlinge
Sprossen
Schellfische
Steinbutt
bei
J. G. Glaubig

Fahrschule
für Motorräder, Personen- und Lastkraftwagen, für Berufs- und Fernfahrer.
Auto-Genie Wittenberg
Fernruf 2040.

Schlachte-Gewürze
stets frisch gemahlen
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Nichters Restaurant
Am Bußtag empfiehlt
Pötelknochen mit Sauerkraut
ff. Kaffee u. Kuchen
M. Nichter

Zum Weinberg'
Zum Bußtag empfiehlt:
ff. Kaffee und Pfannkuchen
ff. Bahnhöfer Exportbier
E. Fechner

Cammsdorfer Ziegelei
Mittwoch, den 20. November, nachmittags ab 3 Uhr

Großer Preisstat
(Goldpreise)
Es ladet freunbl. ein Heinz Becker

Bahnholzwirtschaft
Kemberg
Sonntag, den 24. November

Preis-Stat

Markt „Blauer Hecht“ Markt

Am Mittwoch (Busstag), punkt halb 9 Uhr
Das gewaltige alpine Filmwerk, von dem die ganze Welt sprach, es ist der Höhepunkt filmischer Kunst — ein photographisches Wunderwerk mit überwältigendem Eindruck. Der Gloria-Palast in Leipzig war wochenlang überfüllt und der Andrang nicht zu bewältigen, es konnten nur geschlossene Vorstellungen stattfinden.

Der Kampf ums Matterhorn

Ein Hochgebirgsdrama nach einer wahren Begebenheit. Der Kampf um die Liebe — der Kampf mit dem Titanen. **Ein Film, wie ihn Menschenaugen vorher niemals sahen.** Ein Film von grandioser Schönheit — ein Film, der erschüttert, — ein Drama, das uns bis in die Tiefsten der Seele auführt. Die deutsche Presse schreibt nach der Uraufführung: **Die deutsche Sprache ist zu arm, um das in Worten auszudrücken, was unsere Augen gesehen, was unsere Seele mit erlebt hat.**

Außerdem der wunderbare Naturfilm
Arena ohne Gitter

Achtung! Rindfleischwoche Achtung!

Verpunde ab **Dienstag früh 8 Uhr** eine **junge, fette Färsen.**
Rochfleisch à Pfund 0,90 Mark
Bratenfleisch à Pfund 1,25 Mark
sowie frische **Leber, Fatz, Suppentkochen und Rümml.**
Nebenbei empfehle ich noch einen

größeren Posten Schlackwurst
ein Pfund 1,80 Mark, bei 10 Pfund 1,70 Mark.
Meine Grundlage ist Qualität.

Martin Kramer Kemberg, Weinbergstraße 21.
Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**

Statt Karten.

Allen denen, welche uns zu unserer Vermählung am 14. November durch erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke das Fest verschönten, insbesondere dem Gesangverein Bergwitz, sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank.

Arthur Kaesler u. Frau
Margarethe geb. Meyer.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Allgemeines Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petizions- oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Anzeigenzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufzugebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., die Anzahlung, bezüglich polizeilichem Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 137

Dienstag, den 19. November 1929

31. Jahrg.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Kreistagswahl.

Es sind im Kreise insgesamt 24756 Stimmen abgegeben. Es ergibt sich:

Liste	Partei	Stimmen	Sitze
1	Sozial. Partei	6375	6
3	Kommun. Partei	5768	6
5	Böhmische Bewegung	615	1
18	Hitler-Bewegung	1210	1
21	Erdnungsblock	9112	9
22	Bürgerliche Mitte	1676	2

Es sind demnach folgende Abgeordnete gewählt worden:

Liste 1
Karl Rung, Gemeindevorsteher, Bieftersig
Richard Pieper, Schwertriegelschädigter, Elster
Fugo Seidel, Lehrer, Wartenburg

nachteile dieser Regelung liegen in der Zentralisation, die den Gemeinden bei der weitgehenden Schematisierung keine genügende Bewegungsfreiheit läßt, um ihre Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen. Für die Gemeinden ist es deshalb äußerst schwierig, den auch von ihnen immer anerkannten Grundsatz, „keine Ausgaben ohne Deckung“ zu befolgen. Ihnen sind die früheren ausgedehnten Möglichkeiten, die steuerliche Belastung auf Einkommen, Real- und zahlreiche Nebensteuern zu verteilen, teils verengt, teils genommen worden, im wesentlichen ist ihnen nur als Ausweg geblieben, die Gewerbesteuer und die Tarife der Betriebe zu erhöhen. Die Gemeinden sind dadurch nicht nur in Verdrängnis gebracht worden, sondern auch ohne Schuld in den Ruf der Wirtschaftslässigkeit gekommen.

Vor dem Krise wirkte sich das gemeindliche Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer dahin aus, daß diejenigen, die über die gemeindlichen Ausgaben Beschluß faßten, auch die Mittel aufzubringen hatten und so die Durchführung der Verwaltung verurteilte Belastung an sich selbst spürten. Die darin enthaltene für die Selbstverwaltung der Bewusstheit muß wieder eingeschaltet werden. Ist die Voraussetzung für eine wirklich verantwortungsbewusste Parlamentaristik der Gemeinden. Gleichzeitig muß ein angemessener Lastenausgleich den finanziell schwächeren Gemeinden die Mittel zur Erfüllung ihrer gemeindlichen Aufgaben gewährt werden.

Die Mängel des heutigen Systems sind nicht dadurch zu bekämpfen, daß man versucht, von außerhalb auf die Gemeindeverhältnisse Einfluß zu nehmen und Zwangsverordnungen in der verschiedensten Art zu schaffen. Die gemeindliche Selbstverwaltung, das Kernstück der gemeindlichen Selbstverwaltung, muß wieder hergestellt werden. Sie kann sich nur auswirken, wenn die Gemeinden nicht bloß über die oder jene Spitzenausgabe, sondern über wesentliche Aufgaben und Ausgaben, sowie Einnahmgebiete selbständig zu entscheiden haben.

Die finanzpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit hat ihre innere Ursache in den großen staatsrechtlichen, verwaltungsrechtlichen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Umwälzungen, die Deutschland durchlebt. Die Verengung und Bindung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit des Reiches hemmt die innerpolitische Bewegungsfreiheit jeder einzelnen deutschen Gebietskörperschaft. Unter der Doppelhülle der Zuständigkeit von Reich und Ländern leiden die Gemeinden am meisten. Auf finanziellen Gebiete hat dieser Zustand dazu geführt, daß nicht die Dringlichkeit der zu erledigenden Aufgaben bei der Verteilung der Steuererträge zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, den entscheidenden Ausgangspunkt bildet, sondern — warum soll man es nicht geradezu aussprechen? — die räumliche Nähe zum Reichsleistunggeber und die politische Macht. Die im Gang befindliche Vereinheitlichung von Gesetzgebung und Verwaltung durch das Reich muß ihre notwendige Ergänzung in weitgehender Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung finden.

Die Verhältnisse in der materiellen Etatgestaltung der deutschen Gemeinden spiegeln die Entwicklung der letzten 1 1/2 Jahrzehnte getreulich wieder. Sie zeigen die Sorgen, aber auch die Leistungen der deutschen Städte. Sie sind gleichzeitig der Beweis, daß es unerlässlich ist, aus der Gesamtanlage der öffentlichen Haushalte Schlüsse für die finanzielle und die organisatorische Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu ziehen und diese Erkenntnis zu verwirklichen.

Warum Verträge mit Polen, wenn ...

Immer neue Liquidation deutscher Güter im polnischen Gebiet.

— Berlin, 16. November.

Polen geht im Gegensatz zu dem Sinn des neuen Liquidationsvertrages erneut an die Liquidation deutscher Güter heran. Ein Kommissar des polnischen Landammtes, das die Bodenreform unter sich hat, hat in einem telefonischen Brief an den deutschen Kommissar davon Mitteilung gemacht, daß sie größere Teile ihrer Flächen für die Agrarreform zur Verfügung zu stellen hätten. Dabei ist nicht an Neuverleibungen gedacht, sondern nur an Anlieferungen. Ein ausdrücklicher erklärt, daß deutsche Bauern bei der Verteilung nicht berücksichtigt würden.

In den benachbarten Gegenden finden sich aber nur ganz arme polnische Bauern, die weder das Geld noch die Gebäude zur Übernahme und zur Verwirklichung größerer Flächen haben. Nach Artikel 4 des polnischen Agrarreformgesetzes verbleiben den Gutsbesitzern 720 Morgen Acker und Wiese. Nach Artikel 5 kommen dazu noch größere Flächen, die bei Beschlagnahme nicht unterliegen, bei intensivem Ackerbau und bei Vorhandensein von Nebenbetrieben, insbesondere Brennereien und Zuderfabriken. Nach diesen abweichenden Bestimmungen dürfte eigentlich bei den

in Betracht kommenden Gütern gar nichts beschlagnahmt werden.

Den entsprechenden Einwand wies der Kommissar des Landammtes damit zurück, daß es sich um die Grenzzone handele, bei der Artikel 5 keine Anwendung findet. Das Agrarreformgesetz sieht eine denartige Ausnahme für die Grenzzone nicht vor. Der Hinweis auf die Grenzzone ist also ein ungezügelter Akt.

Kritik an dem Polen-Abkommen.

Unzufriedenheit auf beiden Seiten.

— Warschau, 17. November.

Der genaue Wortlaut des deutsch-polnischen Liquidations- und Finanzausgleichsabkommens ist bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Der nur teilweise veröffentlichte Inhalt löst aber sowohl in Deutschland wie in Polen auf zum Teil scharfe Kritik. Innerhalb der Fraktionen der Koalitionsparteien hat man sich eingehend mit dem Inhalt des Abkommens befaßt. Aus der kritischen Stellungnahme verschiedener Fraktionen ist aber zu schließen, daß man zumindest gegen einige Bestimmungen des Vertrages starke Bedenken hat. Es wird darauf verwiesen, daß sich aus dem deutsch-polnischen Abkommen für Deutschland schwere finanzielle Folgen ergeben, für die ein ausgiebiger Sachverhalt polnisch-österreichischer Wirtschaftspolitik. Die polnischen Zuschüssen in der künftigen Behandlung der deutschen Siebeler in Polen sind zudem unbestimmt gehalten, daß es für notwendig erachtet wird, von Polen ganz bestimmte bindende Sicherungen zu verlangen.

In polnischen politischen Kreisen macht sich andererseits eine starke Bewegung geltend, die das deutsch-polnische Abkommen ablehnt. Der polnische Weltmarkenverein läßt geradezu Sturm gegen die Bestimmung, daß Polen auf eine weitere Durchführung der Verwirklichung deutschen Siebelerzweckes verzichten, hervorbringen hat nun auch die sogenannte Nationalpartei mit einer Protestfestschreibung gegen das deutsch-polnische Abkommen gewandt.

Zentrumspolitik und Rheinlanddrängung.

Eine neue Rede des Prälaten Kaas.

— Trier, 17. November.

Auf einer Zentrumsversammlung in Trier sprach Prälat Dr. Kaas und führte u. a. aus, daß die deutsche Außenpolitik vor Entscheidungen stehe, die alles in den Schatten stellen, was seit den turkischen Tagen der Verfall der Friedenskonferenz Deutschland beschließen wurde.

„Solange wir noch nicht wissen“, sagte Prälat Kaas, „unter welchen Bedingungen die Haager Konferenz ausgehen wird, solange wir nicht klar sehen, welches das Schicksal der deutschen Saar sein soll, solange die Gegenseite sich noch in Schweigen hüllt und von uns Vorschläge erwartet, kann ich als verantwortlicher Führer der Zentrumspartei, die vermög ihre Schlüsselstellung im Parlament das Ja oder Nein in ihren Händen hält, heute nicht nach der einen oder anderen Seite eine definitive Entscheidung fällen.“

Etwas früherweise könne man das eine feststellen, es beginne zweifellos eine Auflockerung des politischen Denkens auch bei den Feinden; es beginne langsam auch links der Grenze sich das Gefühl zu verflären, daß die Methoden der Gegenwart kein können.

Auch der ehrliche Verständigungspolitiker, auch der, der sich den Ausbau einer friedlichen Zukunft nicht nur vorzustellen vermöge unter der Voraussetzung friedlicher Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, der werde ohne weiteren Bezug wünschen, die Klärungen einzuwirken zu lassen, auf die die deutsche Verständigungspolitik schon lange einen Anspruch habe. Die finnische Paragrafenausbeutung, auf die die französische Regierung sich anlässlich der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Stresemann und Briand glaube zurückziehen zu müssen, führe nicht weiter. Im Gegenteil, dieser Weg führe zurück.

Wer noch Bedenke zu lesen verstehe, der sehe, daß an dem Endtermin des 30. Juni als Termin der Rheinlanddrängung nicht zu rütteln sei.

Wenn man einen Frieden wolle, dann wolle man endlich Schlüsse machen mit dem Begriff von Sieger und Besiegten.

Bereinigung im Genossenschaftswesen.

Maßnahmen der Regierung. — Verläufe der Reichsfinanzkommission.

— Berlin, 17. November.

Die Errichtung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften steht bevor. Das Dach eines umfangreichen Gebäudes kann gerichtet werden, nachdem der Mittelbau in mühevoller Arbeit aufgeführt und fast vollendet wurde. Der Wiederanbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bildete die Voraussetzung für die „Selbsthilfe in der Landwirtschaft“.

Der Reichsfinanzminister und das Preussische Staatsministerium haben abgeordnet, daß für Vorgehens aus Anlaß der Rationalisierung des landlichen Genossenschaftswesens grundsätzliche



Wandlungen im Haushalt der Städte.

Wandlungen im Haushalt der Städte.

Von Dr. Fritz Elsh, Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Wir bringen diesen inaktiven Artikel aus einer Wortzählerei „Gegenwartigen der Kommunalverwaltung“, die von der Verwaltungs-Wissenschaft Berlin veröffentlicht worden ist.

Die Schriftleitung.

Vor dem Kriege stand der Gemeindehaushalt auf festem Grunde. Heute steht er auf einem stark zerklüfteten Fundament. Die Grundfesten bedürfen einer baldigen Stärkung, soll nicht ganz der ganze Bau der gemeindlichen Selbstverwaltung in sich zusammenbrechen. Die Gemeinden bejahen durchaus die Lebensnotwendigkeiten des Reiches und beantragen für sich nicht mehr, als daß auch ihre Lebensnotwendigkeiten anerkannt werden. Sie erwarten von dem kommenden endgültigen Finanzausgleich, daß er ihren billigen Ansprüchen gerecht wird. Von Jahr zu Jahr hat man davon gesprochen, daß die Regelung der Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine „vorläufige“ sei. Verwirrt hat sich bisher nur das eine, daß aus diesem „vorläufigen“ Finanzausgleich ein „vorläufiger endgültiger“ Finanzausgleich geworden ist, der sich außerordentlich zugunsten der Gemeinden auswirkt. Die eigentlichen Stellen, die heute verantwortlich über die gemeindlichen Steuereinnahmen und über die Aufgabenbelastung beschließen, sind nicht mehr die gemeindliche Selbstverwaltung, sondern lediglich der Reichstag und in stark abgeschwächtem Maße die einzelnen Landtage. Die Haupt-